

**Stellungnahme der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (Tierschutzallianz)**  
**zur Befragung der GDP hinsichtlich der Landtagswahl 2021 in Sachsen-Anhalt**

erstellt von Marcel Nakoinz  
Tel.: 0163/5838591

Landesverband Sachsen-Anhalt  
Geschäftsstelle:  
Josef Fassl  
Haeckelstraße 10  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/5639084

### **1. Personal Polizeivollzugsdienst**

Die Partei "Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz" (kurz: Tierschutzallianz) ist der Auffassung, dass es in der Zukunft einen Zuwachs der Personalstärke innerhalb der Landespolizei Sachsen-Anhalt geben muss. Ein bloßes Ausgleichen der Pensionszahlen, wobei das Tief noch nicht erreicht ist, ist nicht genügend. Immer größer werdende Einsatzlagen und ein Steigen der Gewalt belasten die einzelnen Polizeibeamten deutlich. Durch große Einstellungszahlen können diese in der Zukunft entlastet werden.

Die Einstellungszahlen sind so zu gestalten, dass es zu keinem weiteren Einbruch der Personalstärke durch übermäßig viel Pensionseintritte kommt. Die Arbeitsfähigkeit der Polizei darf zukünftig nicht mehr gefährdet werden.

Die immer breiter werdenden Aufgabenbereiche (z. B. Cybercrime, Fortentwicklung der KFZ-Technik, Social Media) fordern mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, welche dafür qualifiziert sind. Hier gilt es bei der Stellenvergabe auf Vorkenntnisse (z. B. KFZ-Mechaniker, IT-Experte, Mediendesigner) zu achten und die Stellen klug zu besetzen.

Die Qualität und Quantität der Nachwuchsgewinnung soll erhöht werden und sich mit anderen Bundesländern messen können.

### **2. Personal Polizeiverwaltung**

Wie die Personalstärke des Polizeivollzugsdienstes erhöht werden muss, so muss auch die Personalstärke des Polizeiverwaltungsdienstes erhöht werden. Es ist unverständlich, wie den Polizistinnen und Polizisten "auf der Straße" Aufgaben übertragen werden, die originär in das Aufgabengebiet der Verwaltung fallen. So obliegt es zur Zeit den Polizistinnen und Polizisten im Außendienst, Kostenrechnungen zu fertigen. Auch die Abrechnung von Auslagen über P-Travel belastet den Polizeivollzugsdienst.

Durch einen Personalzuwachs bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung können deren Aufgaben effizienter erfüllt werden und der Polizeivollzugsdienst kann sich auf seine eigentlichen Kernaufgaben konzentrieren.

### **3. Polizeibeauftragte\*r und Whistleblower\*innen-Regelung**

Die Tierschutzallianz sieht die bereits bestehenden Strukturen der zentralen Beschwerdestelle als ausreichend an. Den Bürgerinnen und Bürgern steht damit ein Mittel zur Verfügung, sich gegen Maßnahmen der Polizei zu wehren und eine rechtliche Überprüfung derer zu verlangen. Ebenso besteht die Möglichkeit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft.

Grundlegende Veränderungen sehen wir als nicht notwendig an. Bei geringfügigen Beschwerden sollte aber jeder Bürgerin und jedem Bürger die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt werden, ein persönliches Gespräch mit den handelnden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten führen zu können (unter Wahrung des Schutzes bestimmter Beamter). Dies schafft Transparenz und Vertrauen.

#### **4. Tarif / Besoldung**

Psychisch und physisch belastende Arbeit muss gut entlohnt werden, das steht außer Frage. Einerseits sichert eine gute Alimentation die Arbeitsqualität der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und andererseits ist dies eine Möglichkeit, gute Nachwuchskräfte zu gewinnen, die sich ansonsten bei anderen Landespolizeien oder bei der Bundespolizei bewerben, bzw. ihren Platz in der Wirtschaft suchen.

Es muss sichergestellt werden, dass die statusrechtlichen Ämter im Rahmen der Planstellen vergeben werden. Noch immer gehen Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeister in Pension, obwohl diese jahrelang ihre Arbeit getan und sich Nichts zu Schulden haben kommen lassen. Das motiviert weder die betroffenen Beamtinnen und Beamten, noch deren Kollegen. Sätze wie: "Hier wirst du eh nicht befördert." bekommen bereits Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger zu hören.

Durch die knapp bemessenen Beförderungsmittel kommt es bei jeder Beförderungsrunde zu einem Augenauskratzen innerhalb der Belegschaft. Dies schadet dem Arbeitsklima und belastet die Behörden durch die immense Anzahl an Verwaltungsklagen.

Beförderungen müssen planbar sein! Je nach Arbeitsqualität der oder des Einzelnen soll es möglich sein, eher oder später zu befördern. Ein Erreichen des Endamtes der jeweiligen Laufbahngruppe soll aber, besonders in der LG 1.2 (ehemals mittlerer Dienst), jedem ermöglicht werden.

Die Höhe des Weihnachtsgeldes sollte unabhängig vom statusrechtlichen Amt bemessen sein. Hier darf es keine Unterschiede innerhalb der Statusämter geben.

Durch die immer weiter steigende Gewaltbereitschaft des polizeilichen Gegenübers ist die Polizeizulage anzuheben. Das alltägliche Risiko, im Dienst verletzt oder gar getötet zu werden, sollte dem Land Sachsen-Anhalt mehr als 127 Euro wert sein. Besonders gefährdete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, auch außerhalb der Spezialkräfte, sollen eine erhöhte Zulage bekommen. Zu denken ist dabei an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Autobahnreviere. Hier mussten in der Vergangenheit leider mehrere tote Bedienstete beklagt werden.

Leistungsprämien sind bei herausragender Arbeit zu zahlen. Sie motivieren nicht nur die oder den Betroffenen, sondern auch das Umfeld und können so die gesamte Arbeitsqualität der Dienststelle steigern. Den Dienststellen ist dazu ein jährliches Budget zur Verfügung zu stellen.

Der Tierschutzallianz ist bewusst, dass Motivation nicht allein durch die Alimentation erreicht werden kann. Sie ist jedoch ein wichtiger Teilbereich.

#### **5. Liegenschaften**

Die Tierschutzallianz hält den baulichen Zustand der Dienststellen für einen wichtigen Faktor in Bezug auf die Arbeitsmotivation und Arbeitsqualität. Weiterhin repräsentieren die Gebäude die Polizei in der Öffentlichkeit. Dieser Zustand und der Zustand des Interieurs sollten auf einem Niveau liegen, bei dem sich die Polizeibeamtin oder der Polizeibeamte nicht zu schämen braucht, wenn er eine Zeugenvernehmung durchführt (jeder Polizist kennt die beschädigten Wände, die defekten Jalousien oder die zerbröselten Armlehnen der Bürostühle ...)

Einer Zentralisierung der Polizeidienststellen ist entgegenzuwirken. Sie verhindert nicht nur kurze Anfahrtswege, sondern entfernt die Polizei immer weiter von den Bürgerinnen und Bürgern.

## **6. Verfassungsschutz**

Durch die immer größer werdende Gefahr des Extremismus (links, rechts, ausländische Ideologie) ist es unabdingbar, die Personalstärke und die technische Ausstattung des Verfassungsschutzes zu verbessern, damit er seiner Aufgabe als Inlands-Nachrichtendienst gerecht werden kann.

Durch gesetzliche Vorgaben muss gewährleistet sein, dass der Verfassungsschutz eng mit der Polizei und weiteren Behörden, wie Einwohnermeldeämtern oder den Waffenbehörden zusammenarbeiten kann.

Wichtiger Bestandteil des Verfassungsschutzes soll die Öffentlichkeitsarbeit und die Aufklärung über den Extremismus sein. Dies wurde bislang zu wenig umgesetzt.

## **7. Personalvertretungsrecht**

Nicht nur in den Behörden muss geprüft werden, in welchen Bereichen das Arbeiten im Home-Office dauerhaft ermöglicht werden muss, sondern auch die Personalvertretungen müssen die Möglichkeit bekommen, Beschlüsse digital fassen zu können.

## **8. Gleichstellungsgesetz**

Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Homophobie haben in unserer Gesellschaft nichts zu suchen. Unsere Partei steht für ein weltoffenes und tolerantes Verhältnis zwischen Heterosexuellen und Menschen der LSBTTIQA-Community. Jede und jeder muss sich für den selbst gewählten Lebensentwurf und die Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können.

Das muss sich auf allen Ebenen des Dienstes widerspiegeln. Eine Diskriminierung darf nicht erfolgen. Den Forderungen der GDP stimmen wir zu.

## **9. Wöchentliche Arbeitszeit**

Die Arbeitszufriedenheit und die Gesundheit der Belegschaft sind wichtige Faktoren für eine effiziente und qualitativ hochwertige Arbeit.

Da jede und jeder Einzelne eine andere Vorstellung von idealen Arbeitszeiten hat, ist darauf hinzuwirken, dass die individuellen Wünsche berücksichtigt werden. Starre Dienstpläne gegen den Willen des Einzelnen sind zu vermeiden.

Mit Zustimmung der Beteiligten soll das Schichtmodell mit je sieben Stunden Früh- und Spätschicht und zehn Stunden Nachtschicht ermöglicht werden.

Dienstälteren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten soll die Möglichkeit eingeräumt werden, ab dem 55. Lebensjahr von den Wechselschichten (Früh-Spät-Nacht, Wochenenddienste) befreit zu werden. Zur Vorbereitung auf die neuen Aufgabenbereiche sind die Beamtinnen und Beamten ausreichend zu schulen. Hochwertige Lehrangebote müssen durch die Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt bereitgestellt werden.

Auf Wunsch der oder des Einzelnen muss eine Auszahlung der Überstunden ohne enorme steuerliche Abzüge möglich sein.

## **10. Lebensarbeitszeit**

Die Lebensarbeitszeit soll sich an den geleisteten Diensten orientieren. So wäre es möglich, dass sich jede Polizeibeamtin oder jeder Polizeibeamte einen Gesamtpunktwert erarbeitet, der bei Erreichen eines bestimmten Wertes die Möglichkeit bereit hält, in den Ruhestand zu wechseln. Physisch und psychisch stärker belastende Tätigkeiten haben dabei einen höheren Punktwert.

Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten soll die Möglichkeit gegeben werden, den Eintritt in den Ruhestand auf eigenen Wunsch um zwei Jahre nach hinten zu verschieben.

## **11. Materielle Ausstattung der Polizei**

An dieser Stelle sieht die Tierschutzallianz den größten Aufholbedarf. Arbeitsmotivation entsteht nicht nur durch gute Alimentation und Wertschätzung, sondern auch durch moderne und funktionierende Technik.

Es ist ein Unding, dass im Jahr 2021 die Ausstattung der Funkstreifenwagen lediglich aus einem Blaulicht und einem Funkgerät besteht. In jedem Einsatzfahrzeug muss die Möglichkeit bestehen, Abfragen (POLIS, ZEVIS, ...) durchführen zu können, ohne das LFZ oder den Wachhabenden zu belasten.

Die interaktiven Funkwagen sind so zu verbessern, dass ein Arbeiten an jeder Stelle möglich ist und dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine ordentliche Position zum Schreiben einnehmen können. Der Datenempfang ist landesweit sicherzustellen.

Bei kleineren Beschaffungen soll auf das Ausschreibungsverfahren verzichtet werden können. Dazu erhält jede Polizeidienststelle ein Budget, über welches sie frei verfügen kann. Ein transparentes Verhalten ist dabei jedoch unabdingbar.

Die Informationstechnik muss dem aktuellen Standard entsprechen und die Funktionstüchtigkeit muss garantiert werden.

Die Bewaffnung und Schutzausstattung muss der derzeitig vorherrschenden Gefahrenlage angepasst sein. Es ist zu prüfen, ob die neu beschaffte Dienstpistole den Anforderungen hinsichtlich technischer Störungen entspricht.